

Kiel, 22. Juli 2016

## Pressemitteilung

### Krankenhausfinanzierung: Kommunen mit Anstand behandeln!

Der Landtag hat gestern seine Absicht bekräftigt, das Impuls-Programm zur Sanierung der Krankenhäuser häufig aus Mitteln der Kreise und kreisfreien Städte zu finanzieren. Dazu erklären die Vorsitzenden des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages, **Landrat Reinhard Sager**, Kreis Ostholstein, und des Städtetages Schleswig-Holstein, **Bürgermeister Bernd Saxe**, Hansestadt Lübeck: „Wir protestieren auf das Schärfste gegen diese Art der Finanzierung von Investitionen des Landes. Die Umsetzung würde die Haushalte der Kreise und kreisfreien Städte schon in den Jahren 2017 bis 2019 mit insgesamt 25 Mio. € belasten; über die gesamte Laufzeit des Impuls-Programmes bis 2030 müssten die betroffenen Gebietskörperschaften in Summe sagenhafte 270 Mio. € auf den Tisch legen, ohne dass je ein Kreistag oder eine Bürgerschaft hierüber entscheiden könnte. Das ist der dreisteste Eingriff in die kommunalen Kassen, seit seinerzeit die schwarz-rote Landesregierung 120 Mio. € jährlich aus dem Finanzausgleich entnommen hat, um den Landeshaushalt zu sanieren.“

**Saxe:** „Die Finanzlage der Städte, Kreise und Gemeinden in Schleswig-Holstein ist weiterhin dramatisch, die Schuldenstände sind extrem hoch, vielerorts werden weiter defizitäre Haushalte gefahren. Andere Länder haben es geschafft, die kommunalen Haushalte zu entlasten, in Schleswig-Holstein ist dies nicht erfolgt. Zugleich schieben wir einen Investitionsstau in Milliardenhöhe vor uns her. Da ist es völlig unvertretbar, den Kreisen und kreisfreien Städten zusätzliche Lasten aufzuerlegen.“

**Sager:** „Wir können und werden nicht hinnehmen, dass das Land hier einseitig und ohne unser Einverständnis über kommunales Geld verfügt. Ein solcher Umgang mit den Kommunen widerspricht dem selbstgesetzten Anspruch der Regierung und der Koalition zum partnerschaftlichen Umgang mit den Kommunen.“

Städte und Kreise würden die Finanzbelastungen nur tragen können, indem sie eigene Anstrengungen zur Sanierung ihrer Infrastruktur streichen und strecken. Schulen und KiTa's, Straßen, Brücken und Verwaltungsgebäude sind schon heute in teils dramatischem Zustand. Ihre Instandsetzung müsste auf Jahre ausgesetzt werden, um die ehrgeizigen Programme des Landes zu finanzieren. Sowohl das Vorgehen als auch das Ergebnis sind völlig inakzeptabel.

**Sager und Saxe:** „Dabei begrüßen wir die Absicht der Landesregierung, erhebliche Finanzmittel für die Sanierung der Krankenhäuser im Lande einzusetzen. Dies ist dem Land möglich, weil es Überschüsse produziert. Da davon im kommunalen Bereich keine Rede sein kann, wehren wir uns gegen den Zwang zur Mitfinanzierung.“

Verantwortlich: Jochen von Allwörden  
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied  
des Städteverbandes Schleswig-Holstein